



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 08.12.2021, 17:00 Uhr, Forum, Bürgersaal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Haushaltsplan 2022 und Finanzplan mit
Investitionsprogramm 2021 - 2025
- Beratung und Entscheidung über Anträge zum
Haushaltsplan**

Vorl.Nr. 371/21

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt worden und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. OBM Dr. Knecht prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort im Forum (Bürgersaal) und digital. Online zugeschaltet sind Stadtrat Braumann, Stadträtin Clausen, Stadtrat Dogan, Stadtrat Girrbach, Stadträtin Dr. Klünder (ab 18:55 Uhr), Stadträtin Dr. Knoß, Stadtrat Link, Stadtrat Remmele, Stadträtin Schmidt, Stadtrat Schreiber, Stadträtin Seyfang, Stadträtin Shoaleh und Stadtrat Prof. Vierling. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in das Foyer statt. Nachdem er die Beschlussfähigkeit festgestellt hat und es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen informiert anhand von zwei Präsentationen über das Änderungsverzeichnis und die Veränderungen der Steuerschätzung November 2021 (vgl. Anlagen zum Protokoll).

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Beratung über die Haushaltsanträge.

TOP 1.1

**Bericht über Zusammensetzung der
Transferleistungen lt. Vorlage 219/21
- Haushaltsantrag der Freie Wähler-Fraktion vom
17.11.2021**

Vorl.Nr. 422/21

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Nach kurzer Erläuterung des Antrags von Stadtrat **Weiss**, erklärt OBM **Dr. Knecht**, dass sich der Antrag durch die Informationsvorlage 458/21 erledigt hat.
Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erläutert den Antrag und erklärt, wie sich die 5,2 Millionen Euro Honorare untergliedern. Es handle sich nicht nur um Planungsleistungen, sondern überwiegend um Künstlerhonorare des Fachbereichs Kunst und Kultur. In den 2,6 Millionen Euro für Fremdleistungen seien v.a. Digitalisierungsprojekte und Projekte für Bildungs- und Betreuung mit inbegriffen. Bei den sonstigen Fremdleistungen handle es sich um Catering, Essensausgaben und Materialeinkauf der Technischen Dienste. Sämtliche Planungsleistungen von Hoch- und Tiefbau seien in den einzelnen Bauprojekten investiv veranschlagt. Bei diesen sei das Ziel, die Fremdleistungen zu reduzieren und die Aufgaben durch eigenes Personal zu erledigen.

Stadtrat **Weiss** spricht für die Freie Wähler-Fraktion als Antragssteller. Es handle sich um einen Prüfauftrag. Er wolle sehen, dass die Stadtverwaltung sich in diesem Bereich Gedanken mache. Einsparungen sollen erreicht werden.

OBM **Dr. Knecht** erwidert, der vorliegende Antrag werde für die Arbeitsgruppe strategische Konsolidierung bzw. für die Strategieklausur und dem Wirtschaftsausschuss im ersten Halbjahr mitgenommen. Die Stadt werde dem Gemeinderat im nächsten Jahr konkrete Beträge konsumtiv sowie investiv vorlegen, über die gemeinsam entschieden werden müsse. Eine konkrete Summe könne heute aber nicht benannt werden.

BMin **Schwarz** meint, die Planungsleistungen seien nicht nur im konsumtiven, sondern auch im investiven Bereich vorhanden. Sie verweist auf die Prioritätenliste, nach der vorgegangen werden soll, d.h. für diese Projekte werden weitere Planungsleistungen anstehen, andere werden zurückgestellt.

Stadtrat **Weiss** bittet darum, die Liste in der Strategieklausur im Frühjahr zu konkretisieren.

Stadtrat **Meyer** sagt, die CDU-Fraktion fände den Antrag der Freien Wähler grundsätzlich gut und wünsche sich, die einzelnen Themenschwerpunkte ausführlicher in den betreffenden Ausschüssen zu besprechen, nicht nur in der Strategieklausur.

OBM **Dr. Knecht** signalisiert Zustimmung.

Stadtrat **Heer** und Stadträtin **Liepins** können dem Antrag ebenfalls zustimmen, wenn er als „Berichtsantrag“ mitgenommen wird, ohne die Nennung eines Kürzungsbeitrags. Es sei für sie in Ordnung, das Thema könne im Frühjahr in der Klausur zu behandeln.

OBM **Dr. Knecht** schlägt vor, heute nicht darüber abzustimmen und den Antrag im Rahmen des strategischen Konsolidierungsprozesses im nächsten Frühjahr zu behandeln.

Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** berichtet, inwiefern schon eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen besteht (Zensus, Stadtwerke, Revision). Im ersten Schritt werde die Stadtverwaltung konkrete Vorschläge für Ludwigsburg erarbeiten. Im zweiten Schritt werde man darüber mit den Fachausschüssen bzw. dem Gemeinderat beraten. Im dritten Schritt werden man auf die anderen Kommunen zugehen und Gespräche führen.

Stadtrat **Weiss** fragt, ob es nicht schon jetzt ein Ziel geben könne, das man dann 2022 anstreben könne.

Stadtrat **Sorg** befürwortet den Antrag.

OBM **Dr. Knecht** schlägt vor, dass Themen für die interkommunale Zusammenarbeit intern abgestimmt werden sollen, um diese im ersten Halbjahr 2022 im Interkommunalen Ausschuss (IKA) am 16.03.2022 zu behandeln und im nächsten Wirtschaftsausschuss vorzustellen.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich das Gremium einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Dr. Klünder

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** schlägt vor, den Antrag abzulehnen. Eine pauschale Kürzung der Personalkosten sei nicht umsetzbar. Die Stadtverwaltung bemühe sich aber, die Personalkosten im Rahmen zu halten. Selbstverständlich würden die genannten Faktoren Homeoffice, Digitalisierung, neue Arbeitswelten, etc. eine wichtige Rolle spielen und werden Einfluss auf die Kosten nehmen.

Stadtrat **Weiss** meint, es müsse Einsparungsmöglichkeiten geben. Bei den Stadtwerken sei auch ein Prozent an Personalkosten eingespart worden.

Stadtrat **Sorg** teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Bemühungen der Stadtverwaltung anerkenne. Die Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Die pauschalen Kürzungen seien schnell obsolet, wenn es Tarifierhöhungen geben werde.

Stadtrat **Herrmann** meint, die Fraktion habe den Stellenzuwachs schon immer kritisiert. Eine pauschale Kürzung der Personalkosten sei aber kein zielführender Weg. Er verweist auf den Antrag der CDU zum Gebäudemanagement. Dieser sei in der Strategiekommission bereits beraten worden. Die Verwaltung sei auf dem richtigen Weg mit ihrer Absenkung des vergangenen hohen Stellenzuwachses. Er appelliert so weiterzumachen. Tarifierhöhungen seien ebenfalls problematisch, weshalb er gegen den Antrag stimmen werde.

Stadträtin **Liepins** kann sich ihren zwei Vorrednern anschließen. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat **Haag** meint, die FDP-Fraktion habe ein hohes Vertrauen in die Stadtverwaltung. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass es bei den Antrag genannten Themen vorwärts gehe. Wer frage nach, welche Stellenzuwächse extern ausgelöst waren oder werden, insbesondere durch gesetzliche Pflichten von oberer Stelle.

Auch Stadtrat **Müller** von den Linken macht deutlich, dass er den Sinn des Antrags gut nachvollziehen könne. Allerdings sei er seiner Meinung nach zu pauschal formuliert. Homeoffice, Digitalisierung – alles koste die Stadtverwaltung zunächst mehr, bevor sich Einsparungen bemerkbar machen, weist er darauf hin.

Auf Wunsch von Stadtrat **Weiss**, der weiterhin an dem Antrag festhält, lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Dr. Klünder

Beratungsverlauf:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erläutert den Antrag. Seiner Meinung nach sei für ihn das Thema Integriertes Klima- und Energiekonzept (iKEK) erledigt, betrachte man das Basisjahr 2018, so seien seither jedes Jahr Gelder für die Maßnahmen zum Klimaschutz in den Haushalt eingestellt worden.

Stadtrat **Sorg** spricht als Antragsteller für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er wünscht sich eine verlässliche Finanzierung für die Klimaschutzmaßnahmen, die mit Gemeinderatsbeschluss zum iKEK am 29.01.2020 beschlossen wurden. Als Vorbild sehe er die Stadt Freiburg, die Konzessionsabgaben an einen städtischen Fond abführe. Mit den Geldern aus dem Antrag könnten zusätzliche Maßnahmen finanziert werden, die den Klimaschutz unterstützen. Falls der Antrag abgelehnt werde, so wünsche er sich von der Stadtverwaltung einen alternativen Finanzierungsvorschlag für die Maßnahmen und eine Prüfung, ob eine Finanzierung durch die Konzessionsabgabe nicht doch sinnvoll sei. Es gehe der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darum, das iKEK voranzubringen und eine Finanzierung für die Maßnahmen zu gewährleisten.

Stadtrat **Herrmann** meint, das iKEK sei als informelle Planung nach Baugesetzbuch beschlossen worden. Es werde bei Abwägungsprozessen eingebracht und beachtet. Für die einzelnen Maßnahmen mit Kostenaufstellung seien gesonderte Beschlüsse erforderlich, so habe man sich in der oben genannten Gemeinderatssitzung damals geeinigt. Den Antrag mit der pauschalen Forderung, die Konzessionsabgabe zu erhöhen, werde die CDU-Fraktion ablehnen. Er vermutet, dass bei der Erhöhung dieser die Stadtwerke ein noch geringeres Eigenkapital haben würden, als sie ohnehin haben.

Stadtrat **Weiss** findet, dass die Ausgaben für die Klimaschutzmaßnahmen nicht gerade jetzt, im Konsolidierungsprozess, erhöht werden sollen.

Stadträtin **Liepins** verweist auf die Diskussion zum Sanierungsstau von städtischen Gebäuden im SHL am letzten Donnerstag. Dort habe sich gezeigt, dass viele Gebäude von der Prioritätenliste genommen wurden, da sie finanziell bis 2030 nicht realisierbar seien. Dem Antrag könne die SPD-Fraktion so auch nicht zustimmen. Sie verstehe entgegen der Auffassung von Stadtrat Herrmann den Antrag so, dass die Konzessionsabgaben nicht erhöht, sondern anders verteilt werden sollen. Die Konzessionsabgaben seien aber schon anderweitig im Haushalt eingeplant.

Stadtrat **Haag** meint, das Geld könne nicht aus der schon verplanten Konzessionsabgabe genommen werden. Inhaltlich befürworte die FDP-Fraktion den Antrag, lehne ihn aufgrund der finanziellen Ausrichtung allerdings ab.

BMin **Schwarz** schlägt vor, aus dem Antrag einen „Indexantrag“ zu machen. Sie verstehe den Antrag so, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerne sehen möchten, welche klimapositiven Maßnahmen im Haushalt umgesetzt werden. Die Stadt könne eventuell eine gesonderte Aufstellung machen, in der ersichtlich wird, wie sich die Ausgaben entwickeln. Im Haushalt seien Maßnahmen zum Klimaschutz auf jeden Fall enthalten, bspw. Photovoltaikanlagen, Sanierungen mit Modernisierungen und die Umstellung auf Ökostrom.

Stadtrat **Sorg** betont, dass es der Fraktion nicht darum gehe, die Konzessionsabgabe zu erhöhen. Er wiederholt, dass die iKEK-Maßnahmen umgesetzt werden sollen und eine Finanzierung für darüberhinausgehende Maßnahmen durch zusätzliche Mittel im Haushalt gewährleistet sein soll.

Stadtrat **Weiss** fragt inwieweit das Aktionsprogramm „Saubere Luft“ umgesetzt wurde.

Stadtrat **Sorg** macht deutlich, dass er den Deckungsvorschlag gerne aus dem Antrag streichen möchte.

OBM **Dr. Knecht** schlussfolgert, dass der finanzielle Teil also zurückgezogen wurde und es bei der Abstimmung nur um den inhaltlichen Teil des Antrags gehe.

Stadträtin **Liepins** erklärt, dass ihre Fraktion dem zustimmen könnte, wenn der finanzielle Teil gestrichen und der Antrag wie von BMin Schwarz erläutert übernommen werde.

OBM **Dr. Knecht** meint, dass es sich dann nicht mehr um einen haushaltsrelevanten Antrag handle und es fraglich sei, ob heute über diesen abgestimmt werden soll.

Stadtrat **Herrmann** sagt, das bedeute aber, dass die Konzessionsabgabe an der Stelle, an der sie aktuell verwendet werde, nicht mehr verwendet werde. Ihm sei der Antrag zu allgemein, um zuzustimmen.

Stadtrat **Sorg** erklärt, der Antrag bleibe so erhalten, lediglich der Deckungsvorschlag werde gestrichen.

OBM **Dr. Knecht** meint, dann müsse man den Antrag ablehnen.

Stadtrat **Herrmann** halte den Antrag für sachlich falsch und werde ihn ablehnen.

Nach erfolgter Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** sagt, eine Aktualisierung des Klimakonzepts (KliK) sei nicht geplant. Eine Starkregenkarte für den Bereich Pflugfelden sei gerade in Bearbeitung. Auch für die ganze Stadt soll es ein Starkregenrisikomanagement geben. Dafür seien allerdings erst ab 2023 Gelder notwendig.

Für Stadtrat **Handel** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei dies so in Ordnung. Die Gefahrenkarten seien sehr wichtig, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen, ob sie privat Vorkehrungen treffen sollten.

OBM **Dr. Knecht** erklärt, dass sich der Antrag mit Verweis auf die Beratungen in den Fachausschüssen erledigt hat.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Abstimmung Ziffer 1-4:

Der Antrag wird mit 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Dr. Klünder

Abstimmung Ziffer 5:

Der Antrag wird mit 31 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimme und 3 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Dr. Klünder
Stadtrat Haag
Stadtrat Link

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Sorg** erläutert ganz kurz den interfraktionellen Antrag.

Stadtrat **Haag** macht deutlich, dass die FDP-Fraktion den Antrag gutheiße, doch ihm missfalle der Punkt 5 des Antrags.

Stadtrat **Braumann** hält es für richtig, mit dem Programm Anreize u.a. zum Energiesparen zu setzen. Doch die Zuständigkeiten von Stadt und Landkreis müssen abgeklärt werden. Bei der Sanierung dürfe nicht nur das Dach und das Dämmen gesehen werden. Auch Heizungs- und Lüftungssystem müsse betrachtet werden. Das ganze sei mit einer kurzen Beratung nicht unbedingt abgedeckt. Dennoch könne die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Stadtrat **Zeltwanger** erachtet es als wichtig, dass die Dächer, bevor dort Solaranlagen aufgebaut werden, vorher auf Dämmung überprüft werden sollen. Nachhaltiges Dämmen soll im Blick behalten werden.

Stadträtin **Liepins** signalisiert Zustimmung zum Antrag. Sie wundert sich darüber, dass eine Viertelmillion in den Haushalt dafür eingestellt werden soll und stellt die Rückfrage an die Verwaltung, ob dieses Geld tatsächlich benötigt werde.

BMin **Schwarz** schlägt vor, die 250.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Die Verwaltung werde eine Vorlage erstellen, in der das Förderprogramm konkretisiert werde. Diese wird im SHL vorgestellt werden. Die Gelder sollen möglichst zielgerichtet eingesetzt werden.

Stadtrat **Haag** fragt nach, ob das Programm dann aus den bereits zuvor erwähnten Steuermehreinnahmen finanziert werde.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen verweist auf das Gesamtdeckungsprinzip.

Stadtrat **Haag** fragt zum Verständnis nach, ob es sich um eine Aufwendung und damit nicht um eine Investition handle. Folglich wäre der Ergebnishaushalt betroffen.

OBM **Dr. Knecht** bejaht dies.

Auf Wunsch von Stadtrat **Haag** lässt OBM **Dr. Knecht** nach Aussprache über die Ziffern 1-4 zusammen und Ziffer 5 separat abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** berichtet zum Antrag, dass die Begrünung von Gebäuden schon gut umgesetzt werde und insofern kein Pilotprojekt erforderlich sei. Private Baumaßnahmen müssen daher nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Die Stadtverwaltung werde den Antrag aber mitnehmen und prüfen, wenn Fassadensanierungen bei größeren Gebäuden wie bspw. der MHP-Arena anstehen.

Stadtrat **Handel** meint, er sehe, dass ein Einzelprojekt ohne Investor nicht umsetzbar sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei mit dem Vorgang der Verwaltung so einverstanden und ziehe den Antrag zurück.

Stadtrat **Braumann** von der CDU verweist auf den Bikerpark als Pilotprojekt, das sehr gut laufe.

Stadtrat **Eisele** verweist auf einen Antrag der FDP-Fraktion zur MHP-Arena, der vor etwa zwei Jahren gestellt wurde. Die Fassadenbegrünung dort halte er für ein Pilotprojekt, da es eine begrünte Arena seines Wissens nach so bisher nicht in Deutschland gebe. Aus diesem Grund sei der Antrag „Green Building“ für ihn obsolet.

Nachdem der Antrag zurückgezogen wurde, beendet OBM **Dr. Knecht** die Beratung dazu und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** sagt, dies sei eine Maßnahme aus dem iKEK. Im neuen Koalitionsvertrag der Ampelregierung stehe, dass es europaweit einen einheitlichen CO2-Mindestpreis geben soll. Der CO2-Preis werde steigen. Dadurch sei nach Ansicht der Stadtverwaltung ein Beitritt zum Verein CO2-Abgabe e.V. nicht mehr erforderlich.

Stadtrat **Herrmann** stimmt BMin **Schwarz** zu. Das Thema werde vom Bund bearbeitet, weshalb es kein Handlungsbedarf der Stadt gebe. Damit könne der Antrag abgelehnt werden.

Stadtrat **Sorg** erklärt, dass er den Antrag seiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückziehe.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** berichtet zum Antrag. Die Stadtverwaltung sei der Ansicht, dass sie sich im Bereich Klimaschutz schon ausreichend für das Personal einsetze. Dass Stellenanteile gestrichen wurden, hänge mit einem auslaufenden Förderprogramm zusammen.

Stadtrat **Sorg** zeigt Einsicht, betont aber, dass nicht beim Personal gespart werde. Es sei wichtig, dass es Menschen gebe, die den Klimaschutz in der Stadt voranbringen. Den Antrag ziehe die Fraktion zurück.

Weitere Änderungen im Teilhaushalt 01:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erklärt, dass es eine Anpassung beim Zuschuss FMF GmbH gebe und dafür 23.400 Euro in den Haushalt eingestellt werden.
Das Gremium nimmt diese Information zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** erklärt, dass der Antrag nicht haushaltsrelevant sei und im ersten Halbjahr 2022 im Wirtschaftsausschuss abgearbeitet werde.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** stimmt dem Verfahren zu. Er hält das Thema Bürgerbeteiligung für sehr wichtig. Inzwischen gebe es diverse Formate, über die es gilt, sich einen Überblick zu verschaffen. U.a. der Jugendgemeinderat solle gestärkt werden und zu allen jugendrelevanten Themen gehört werden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** erklärt, dass es zu diesem nicht haushaltsrelevanten Antrag spätestens im ersten Halbjahr einen Beratungsfahrplan in Form einer Informationsvorlage geben werde.

Eine Beratung zum Thema habe bereits nach Vorbereitung durch die Geschäftsstelle Wohnen stattgefunden. Bei wieviel Prozent die Quote des sozialen Wohnraums liegen soll, müsse noch diskutiert werden.

Die notwendigen Entscheidungen sollen dann im ersten Halbjahr im Wirtschaftsausschuss beraten und getroffen werden.

Stadträtin **Liepins** zeigt sich damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** erläutert den Antrag und erklärt, dass die Stadtverwaltung ausreichend eigene Personalressourcen habe. Aus diesem Grund sei es nicht nötig, Gelder für die Beauftragung eines externen Beratungsunternehmens einzustellen.

Stadtrat **Weiss** zeigt sich damit einverstanden.

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, der Antrag sei damit erledigt.

Weitere Änderungen im Teilhaushalt 10:

Der **Fachbereichsleiter** Organisation und Personal erklärt, dass die Aufgabe der eigenen Beihilfestelle und der damit verbundene Wechsel zum Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) einen Mehraufwand verursachen. Aus diesem Grund werden dafür 70.300 Euro in den Haushalt eingestellt.

Das Gremium nimmt diese Information zustimmend zur Kenntnis.

Stadtrat **Bauer** freut sich über die Möglichkeit, hier Personal abzubauen und einzusparen, wie in dem zuvor diskutierten Antrag 417/21 und dem eben besprochenen Antrag der im Freien Wähler gewünscht wurde.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Dr. Klünder

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** berichtet, dass es sich bei den Stellenanteilen im Büro für Migration und Integration um eine geförderte Projektstelle gehandelt habe. Das Projekt sei beendet. Das Büro für Migration und Integration hätte sich neu ausgerichtet. Ein Teil der vergangenen Aufgaben falle in Zukunft weg. Aus diesem Grund bitte die Stadtverwaltung darum, den Antrag abzulehnen.

Stadträtin **Schmidt** macht deutlich, dass die Linken sich bewusst seien, dass es sich um eine vom Land Baden-Württemberg geförderte Stelle gehandelt habe, bei der es darum ging, die Vereine zu vernetzen und zu koordinieren. Sie wünsche sich, dass die Projektstelle auch ohne eine Förderung weitergeführt werde.

Stadtrat **Meyer** macht deutlich, dass die CDU-Fraktion die Beibehaltung der schon abgeschafften Stelle nicht befürworten könne.

Stadtrat **Sorg** drückt aus, er könne die Intension des Antrags der Linken verstehen. Gleichzeitig könne er aber auch nachvollziehen, dass Projekte enden. Aus diesem Grund könne die Fraktion dem Vorschlag der Stadtverwaltung folgen, den Antrag abzulehnen. Das Thema sei wichtig. Ehrenamtliches Engagement soll weiter gefördert werden.

Nachdem es keine weiteren Wortbeiträge gibt, lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** teilt mit, über den Antrag könne gerne im Mobilitäts- und Umweltausschuss im Januar diskutiert werden, um die Gebührenhöhe zu besprechen. Ab 01.04.2022 sollen die beschlossenen Gebühren dann erhoben werden.

Für Stadtrat **Handel** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die den Antrag gestellt haben, sei dies so in Ordnung.

OBM **Dr. Knecht** sagt, es werde keine Abstimmung geben, sondern verweist auf die Behandlung im Fachausschuss im ersten Quartal des neuen Jahres 2022.

Abweichender Beschluss:

Bei den im Stellenplan 2022 ausgewiesenen ~~sieben~~ *sechs* Neustellen im Fachbereich 37 (Feuerwehr und Bevölkerungsschutz) wird ein Sperrvermerk angebracht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Antrag wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Dr. Klünder
Stadtrat Müller

Ja 37 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** erklärt, dass sie mit dem Antrag einverstanden sei, wenn er auf sechs anstatt sieben Stellen abgeändert werde (vgl. Abweichender Beschluss).

Stadtrat **Herrmann** von der CDU-Fraktion zeigt sich damit einverstanden. Er betont, dass es für ihn nicht ersichtlich war, dass die siebte Stelle noch vorhanden sei, aber einer anderen Aufgabe zugewiesen wurde. Die bisherige Aufgabe sei in einen anderen Fachbereich gewechselt, weshalb die Verwaltung nun von sechs Stellen spreche, die einen Sperrvermerk bekommen werden.

BMin **Schwarz** erklärt, dass nur fünfzig Prozent der Aufgaben in den Fachbereich Feuerwehr und Bevölkerungsschutz gewechselt haben, die anderen fünfzig Prozent verbleiben im Fachbereich Bürgerbüro Bauen.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den modifizierten Antrag abstimmen.

Weitere Änderungen im Teilhaushalt 37:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen und EBMin **Schmetz** erklären, dass im Herbst 2021 bekannt wurde, dass es vom Land ein Förderprogramm für Sirenen für Kommunen geben werde. Jede Kommune könne im ersten Schritt maximal 15 Sirenen beantragen. Die Stadt Ludwigsburg habe sich auf alle 15 Sirenen beworben.

Bisher waren dafür keine Gelder in den Haushalt eingestellt werden.

Die Einstellung mit Null Euro sei haushaltsneutral. Es sei zu erwarten, dass nicht alle Kommunen 15 Sirenen brauchen werden, weshalb die Stadt im zweiten Schritt vermutlich noch weitere beantragen können wird. Insgesamt bräuchte die Stadt 29 Sirenen.

Änderungen im Teilhaushalt 41:

OBM **Dr. Knecht** erklärt, dass für die Ludwigsburger Schlossfestspiele 40.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden. Damit wird der Zuschuss an die Fördermittelgeberheiten des Bundes bzw. auf die ursprüngliche Höhe vor der Konsolidierung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** und EBMin **Schmetz** erklären, dass es nicht notwendig sei, 20.000 Euro für ein solches Konzept in den Haushalt einzustellen. Konzepte würden bereits vorliegen und seien in Abstimmung von Schulen, dem Fachbereich Mobilität und Elternbeiräten erarbeitet worden.

Stadtrat **Müller** macht deutlich, dass er mit dieser Antwort nicht zufrieden sei und erläutert die Intension des Antrags. Das Ehrenamt soll gestärkt werden und eine verlässliche Struktur aufgebaut werden.

Aus der Sicht von Stadtrat **Klotz** sei der Antrag sachlich richtig, aber nicht nötig. Es brauche kein gesondertes Konzept von der Stadt, da die Begleitung der Kinder zur Schule schon praktiziert werde. Dieser Aufgabenbereich liege zudem bei den Schulen mit Unterstützung der Elternbeiräte.

Stadtrat **Weiss** findet den Gedanken grundsätzlich gut. Er stimmt seinem Vorredner aber zu, dass es bereits Konzepte gebe und kritisiert die Deckung durch Kreditaufnahme.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** meint ebenfalls, dass die Schulen über ein solches Konzept selbst entscheiden müssen. Die Lage der Schulen sei sehr unterschiedlich, weshalb jedes Konzept anders sei. Er berichtet von Schulen mit einem Belohnungssystem. Hierbei bekommen die Kinder bspw. einen Apfel, wenn sie ihren Schulweg zu Fuß gegangen sind. Dort sollte man eher ansetzen, schlägt er vor.

Stadtrat **Heer** als ehemaliger Lehrer kennt die Thematik. Jede Schule habe ein Schulwegeplan, erklärt er. An diesem würden sich die Schulen orientieren. Oft gebe es auch Schülerlotsen. Die Schulen bedürfen keiner weiteren Unterstützung, sondern würden sich schon lange eigenständig um das Thema kümmern, so seine Einschätzung.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** schlägt vor, man solle anstatt über dieses Thema lieber drüber diskutieren, wie man die Wege für die Kinder sicherer gestalten könne.

Nach Aussprach zieht Stadtrat **Müller** den Antrag zurück, da er ohne einen Geldbetrag nicht haushaltsrelevant sei.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** berichtet zum Antrag. Bisher seien noch 2,5 Stellen in der Schulsozialarbeit unbesetzt. Aus diesem Grund schlägt sie vor, zunächst diese Stellen zu besetzen und von dem Antrag vorerst abzusehen.

Stadträtin **Moersch** zeigt Verständnis und ist mit der Vorgehensweise einverstanden.

Damit erklärt OBM **Dr. Knecht** den Antrag als erledigt.

Weitere Änderungen im Teilhaushalt 48:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erklärt, dass eine Aktualisierung der Sachkostenbeiträge nach den aktuellen Schülerzahlen vorgenommen wurde und entsprechende Gelder dafür in den Haushalt eingestellt werden.

Er weist auf das Programm „LB bleibt dran – Mit Power aus der Pandemie“ für das in diesem Jahr noch keine Gelder in den Haushalt eingestellt werden.

Er informiert das Gremium, dass für das Programm „Kita goes digital“ gemäß der Beschlussvorlage 293/21 dieses Jahr 157.000 Euro eingestellt werden. Für das Programm gebe es eine 100%-ige Förderung, die sich über 2 Haushaltsjahre erstrecke, weshalb die Gelder erst im nächsten Jahr wieder zurückfließen werden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** empfiehlt aufgrund von Nichtzuständigkeit der Stadt, den Antrag abzulehnen. Die Zuständigkeit hätte der Landkreis.

Stadträtin **Schmidt** erläutert die Intension des Antrags. Sie betont, dass es ihr nicht um eine Klage gehe. Es hieß, sie bekäme eine schriftliche Stellungnahme, die sie bisher auch nach mehrfacher Nachfrage noch nicht erhalten habe. Auf diese warte sie noch immer. Sie erwarte, dass die Stadt sich aktiv darum bemühe, die Betreuungssituation, die u.a. auch in der Kindertagesstätte Bäderwiesen kritisch gewesen sei, zu verbessern und die Eltern zu unterstützen.

EBMin **Schmetz** erklärt, dass es für Eltern bereits eine Beratungsstelle gebe. Die Stadtverwaltung versuche immer, mit den Eltern und den Betreuungskräften unter den örtlichen Gegebenheiten bestmögliche Lösungen zu finden. Doch die Stadt könne die Personallücke, die durch die fehlenden Lehrkräfte entstehe, nicht schließen, dafür sei das Land verantwortlich.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** schlägt vor, die Stadt solle auf den Städtetag zugehen und mit dem Land sprechen.

Stadtrat **Meyer** hebt hervor, dass die Arbeitersituation in den Fokus genommen werden sollte. Als Beispiel führt er an, dass man nicht gegen eine Klinik klage, die wenig Operationen durchführen könne, weil ihr durch die Coronapandemie Personal für die Intensivstation fehle. Er schlägt vor, die Stadt müsse sich in übergeordneten Gremien engagieren, um etwas zu erreichen. Das täte sie auch bereits. Verbesserungen können nicht über den Klageweg erreicht werden, betont er.

Stadträtin **Metzger** wüsste nicht, was die Stadt mit 100.000 Euro machen sollte. Ihrer Meinung nach wäre das Einzige, das den Eltern in dieser Situation helfen könnte, ein Kitaplatz. Für diesen müssen sie sich gedulden. Den Antrag werde die SPD-Fraktion daher ablehnen.

Stadtrat **Haag** weist darauf hin, dass auch dem Land zu wenig Personal zu Verfügung stehe. Er hält es für sinnvoll, über den Städtetag die Landesregierung anzusprechen. Auch die starren Betreuungsschlüssel, die die Flexibilität einschränken, müssen überdacht werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** stört sich daran, dass im Antrag von einem Ausgleich von Lohnneinbußen gesprochen wird, den die Stadt leisten solle. Dies sei für sie nicht akzeptabel, zumal auch sehr gut Verdienende dringend einen Kitaplatz brauchen. Dem Antrag werde die Fraktion nicht zustimmen.

EBMin **Schmetz** meint, die Stadt sei selbstverständlich schon im Städtetag initiativ und mit dem Land im Gespräch, was den Mangel der Fachkräfte im Kita- und Schulbereich angehe. Wenn sich das Gesetz mit dem Recht auf Ganztags schulbetreuung durchsetze, stehen die Kommunen wie auch das Land vor einem großen Problem, Fachkräfte zu bekommen, weil alle händeringend suchen werden. Momentan gebe es sogar noch einen reduzierten Fachkraftschlüssel, das Problem bestehe aber trotzdem.

Nach ausführlicher Diskussion zieht Stadträtin **Schmidt** ihren Antrag zurück, da er keine Mehrheit finden wird. Sie beharrt aber auf Beantwortung des alten Antrags der Linken. Sie betont, dass sie nicht die Eltern dazu aufrufen möchte, zu klagen. Stattdessen wolle sie mit den Eltern ins Gespräch kommen und die Verantwortung dafür übernehmen, was schief gelaufen sei.

Stadtrat **Zeltwanger** erwähnt an den Antrag der Freien Wähler zur Interkommunalen Zusammenarbeit und schlägt vor, dass im Osterholz zusammen mit der Stadt Asperg ein Waldkindergarten gegründet werden könne.

OBM **Dr. Knecht** sagt zu, dass von EBMin **Schmetz** noch vor Jahresende ein Bericht zum Thema erfolgen wird. Der Haushaltsantrag Nr. 431/21 sei damit erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** führt aus, dass es schon jetzt schwierig sei, die vorhandenen Stellen im städtischen Vollzugsdienst zu besetzen und Mitarbeiter erst eine kleine Ausbildung durchlaufen müssen. Aus diesem Grund raten OBM **Dr. Knecht** und BM **Mannl** dazu, den Antrag abzulehnen.

Stadträtin **Dr. Knoß** bedauert dies. Sie fragt, ob es für die Mitarbeiter eine andere Möglichkeit gebe, die Ausbildung (evtl. in Teilzeit) zu erwerben. In der Weststadt gebe es ein großes Parkproblem, da viele Bewohner ihr Auto nicht in ihrer Garage abstellen, sondern auf der Straße parken würden. Personal fehle auch aufgrund von Krankheit. Deshalb tendiere sie dazu, lieber mehr Stellen zu besetzen. Der Job sei nicht beliebt, da die Mitarbeiter würden sehr viel Frust von Bürgerinnen und Bürgern abbekommen würden, weiß sie. Eine höhere Bezahlung sei also nicht die alleinige Lösung, um dem Personalmangel entgegenzuwirken. Sie entscheidet sich dazu, ihren Antrag zurückzuziehen.

Weitere Änderungen im Teilhaushalt 63:

OBM **Dr. Knecht** informiert, dass für den Zweckverband Stadtbahn des Landkreises Ludwigsburg der Zuschuss angepasst wurde und dafür 65.500 Euro in den Haushalt eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird zusammen mit dem Antrag Nr. 415/21 beraten.

BM **Mannl** berichtet kurz zum Antrag. Die Verwaltung arbeite bereits an dem Programm. Es sei nicht notwendig, zusätzliche Gelder einzustellen. Deshalb schlägt er vor, den Antrag zurückzuziehen.

Stadtrat **Meyer** wünscht sich schnelle Lösungen. Es soll nicht an den Ressourcen scheitern, deshalb der Antrag.

Stadtrat **Handel** meint, ein Parkleitkonzept werde benötigt. Gerade wenn bei schönem Wetter am Wochenende die Stadt zugeparkt werde. Ein Parkhaus vor dem Forum werde seiner Meinung nach nicht benötigt. Im Antrag befürworte er nur das Parkleitkonzept, den Rest lehne er ab.

OBM **Dr. Knecht** mahnt, dass heute keine Verkehrsdiskussion geführt werden solle.

Stadtrat **Juraneck** stimmt dem Vorgehen der Stadtverwaltung zu. Ihm sei es wichtig, dass die Stadt sich Gedanken über ein Parkleitkonzept mache. Auch das Blühende Barock und dessen Veranstaltungen, die die Verkehrs- und Parksituation stark beeinflussen, müsse im Blick behalten und weiterentwickelt werden. Zudem soll über den Tunnel der B27 vertieft gesprochen werden.

Nach Aussprache verweist OBM **Dr. Knecht** die Anträge auf den Mobilitätsausschuss (MU). Die Beratung soll im ersten Halbjahr 2022 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wurde zusammen mit dem Antrag Nr. 411/21 beraten (Beratungsverlauf siehe TOP 1.21)

Weitere Änderungen im Teilhaushalt 63:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen informiert, dass der Planansatz für das Stadtticket aktualisiert und angepasst wurde und dafür 300.000 Euro weniger in den Haushalt eingestellt werden.

Weitere Änderungen im Teilhaushalt 67:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen informiert, dass der Planansatz des Straßenentwässerungsanteils gemäß Wirtschaftsplan der Stadtentwässerung Ludwigsburg aktualisiert wurde und dafür 9.100 Euro weniger in den Haushalt eingestellt werden.

Das Gremium nimmt diese Information zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** berichtet zum Antrag. Er erläutert, dass Gelder vom Vorjahr übertragen werden konnten. Deshalb sei es nicht nötig, den Planansatz zu erhöhen.

Stadträtin **Dr. Knoß** betont, dass es ihr wichtig sei, dass genug Geld auch für die Unterhaltung von Radwegen eingeplant sei. Manchmal würden bei Beschlüssen die Gelder fehlen. So gab es z.B. für die Seestraße als Fahrradstraße kein Geld mehr für Farbmarkierungen.

OBM **Dr. Knecht** sagt zu, dass Ausbesserungen der Radwege durch die bereits eingeplanten Gelder im Haushaltsplan laufend möglich seien.

Stadträtin **Dr. Knoß** zieht den Antrag daraufhin zurück.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** und OBM **Dr. Knecht** erläutern das Thema. Sie verweisen auf die Vielzahl der Radprojekte und dass nur ein großes Projekt pro Jahr umsetzbar sei. Hinzu kämen noch die Sanierungen. Genug Geld sei auf jeden Fall eingeplant.

Stadtrat **Weiss** merkt an, dass die Umsetzung des Radschnellwegs in Absprache mit den beteiligten Kommunen weiter in die Zukunft geschoben wurde und nicht so schnell gebaut werden wird.

Stadtrat **Müller** zieht den Antrag in der Hoffnung auf baldige Umsetzung zurück. Er kritisiert, dass Planungen in der Vergangenheit oft geschoben wurden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 11.11.2021, TOP 5, Vorl. Nr. 335/21.

Stadtrat **Weiss** spricht von 30 bis 40 Parkplätzen, die nicht begrünt werden, sondern erhalten bleiben sollen.

OBM **Dr. Knecht** meint, das werde im weiteren Verfahren und nicht heute diskutiert werden.

Der Antrag ist damit erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Seyfang
Stadträtin Clausen

Beratungsverlauf:

BM **Manni** erklärt, dass der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen ein Konzept aufstellen wolle. Für die Nachpflanzungen von Bäumen seien genug Mittel eingeplant. Weitere Gelder würden frühestens nach Entwicklung des Konzepts benötigt.

Stadträtin **Dr. Knoß** erwidert, in der Klausur zum Haushalt hätte die Fachbereichsleiterin Tiefbau und Grünflächen gesagt, dass kein Geld zum Bäume pflanzen vorhanden sei. Auch in der Zeitung sei dazu aufgerufen worden, Geld für Bäume zu spenden. Dem seien die Bürgerinnen und Bürger nachgekommen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchten an dem Antrag festhalten, erklärt sie.

Stadträtin **Dr. Klünder** stimmt ihrer Vorrednerin zu. Die CDU-Fraktion sehe, dass Pflegeaufwand für die Bäume da sei. Aus diesem Grund würde sie sich wünschen, dass dieser Pflegeaufwand immer mitkalkuliert werde. Sie verweist auch auf den Antrag der FPD Nr. 427/21. Sie plädiert dafür, zumindest 150.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

Stadtrat **Rothacker** kann die Diskussion nicht nachvollziehen. Es gebe noch genug Mittel für Bäume, die geplant, aber noch nicht gepflanzt wurden.

Stadträtin **Liepins** appelliert, dass die Stadt ein Konzept bräuchte, wie sie Bäume bewässert. Sie berichtet von einem Beispiel in Neckarweihingen, wo frisch gepflanzte Bäume aufgrund von mangelnder Bewässerung abgestorben seien. Sie wünsche sich einen Bericht im Mobilitäts- und Umweltausschuss hierzu. Sie vermutet, dass die Stadtverwaltung hierzu etwas mehr Geld benötige. Eine Aufforstung von landwirtschaftlichen Flächen im Außenbereich, wie im FDP-Antrag dargestellt, halte sie für schwierig.

Stadtrat **Heer** verweist auf den Antrag der FDP-Fraktion Nr. 522/14, 473/18 und 042/19. Diese Anträge seien noch nicht zu ihrer Zufriedenheit bearbeitet worden. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, um die Bäume in Ludwigsburg, vor allem in den Alleen, zu schützen. Dies sei genauso wichtig wie eine Aufforstung.

Stadtrat **Herrmann** bittet Stadtrat Heer, er solle mit der Geschäftsstelle Gemeinderat über die eben genannten Anträge sprechen, weil diese sich nicht mehr in der Liste der offenen Anträge befänden und damit bereits abgeschlossen seien.

Stadträtin **Dr. Knoß** betont, für es sei für sie in Ordnung, wenn über den Antrag mit einer geringeren Summe, die in den Haushalt eingestellt wird, abgestimmt wird. Sie erhofft sich so, dass der Antrag eine Mehrheit finden wird.

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag wie vorliegend mit der Summe von 250.000 Euro abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** erklärt, dass der Antrag mit dem Beschluss zu Vorl. Nr. 426/21 erledigt sei.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist den Antrag auf den Mobilitäts- und Umweltausschuss (MU) im ersten Halbjahr 2022.

Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** und OBM **Dr. Knecht** verweisen den Antrag auf den Mobilitäts- und Umweltausschuss (MU) im ersten Halbjahr 2022.

Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
 Stadträtin Seyfang
 Stadträtin Clausen

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** berichtet zum Antrag. Sie bittet das Gremium darum, den Antrag zurückzustellen, bis eine Vermarktungsstrategie ausgearbeitet sei.

Stadtrat **Weiss** fragt nach der Einbindung der Stadtwerke, die ebenfalls mit der Kreissparkasse auf den Dächern auf öffentlichen Gebäuden Photovoltaikanlagen (PV) auszubauen.

BMin **Schwarz** antwortet, er habe es richtig verstanden. Die Stadtwerke werden miteinbezogen und das Projekt gemeinsam angegangen.

Stadtrat **Sorg** meint, er sei gespannt auf die Vermarktungsstrategie und betont, dass er den Antrag trotzdem aufrechterhalten möchte.

Stadtrat **Braumann** sagt, dass es nicht überall möglich sei, Photovoltaikanlagen auf den Dächern auszubauen. Seiner Meinung nach müsse mehr getan werden, als nur der Ausbau auf öffentlichen Dächern. Aus diesem Grund werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Stadtrat **Müller** fragt nach der Rentabilität der Vermarktungsstrategie der Stadt und bittet um eine genauere Darstellung.

Stadtrat **Weiss** meint, es werde investiert und danach fließe Geld über die PV-Anlagen zurück. Ansonsten würde man sich die Investition sparen. .

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen berichtet zum Thema. Es werde eine separate Klausur zum Thema Konsolidierung geben. Dieses Thema bearbeite aktuell eine Projektgruppe bestehend aus Mitarbeitenden des Fachbereichs Finanzen und verschiedenen Fachbereichsleitungen aus allen Dezernaten. Ziel sei es, keine weiteren Schulden zu machen. 164 Millionen pro Jahr werde in den Jahren 2021 bis 2025 investiert werden. Es werde außerdem eine Strategieklausur mit den Stadtwerken, der Wohnungsbaugesellschaft und der Stadt geben. Dort soll besprochen werden, wie die nächsten Jahre weitergemacht werden soll.

Stadtrat **Weiss** verweist auf den Eckdatenbeschluss. Ihm sei es sehr wichtig, dass die Themen effektiv behandelt werden, auch wenn heute nicht über den Antrag abgestimmt wird, soll er als Prüfauftrag mitgenommen werden.

OBM **Dr. Knecht** erklärt, der Antrag sei mit Verweis auf die Klausuren im Jahr 2022 erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Seyfang
Stadträtin Clausen

Beratungsverlauf:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen berichtet zum Thema und schlägt vor, dieses im Frühjahr in den Aufsichtsräten zu besprechen.

Stadtrat **Weiss** macht die Intension des Freien-Wähler-Antrags nochmals deutlich.

Stadtrat **Handel** spricht sich dafür aus, der Wohnungsbaugesellschaft (WBL) nicht noch zusätzlich Geld „wegzunehmen“. Sie habe sowieso mit Baupreissteigerungen zu kämpfen.

Stadtrat **Klotz** erachtet es auch nicht als sinnvoll, das Eigenkapital der WBL zu minimieren. Das führe nur dazu, dass die Kreditaufnahme erhöht werden müsse.

Stadträtin **Liepins** stimmt ihrem Vorredner zu. Die WBL werde viel sozialen Wohnungsbau bauen. Es sei der falsche Zeitpunkt, jetzt über eine Gewinnausschüttung zu sprechen.

Stadtrat **Haag** teilt die Meinung seiner Vorredner, aktuell sei eine Gewinnausschüttung nicht sinnvoll. Trotzdem gehöre die WBL zur Stadt, erinnert er. Deshalb könne sich die Fraktion der FDP in Zukunft schon vorstellen, dass die WBL Geld abgibt für andere Bauvorhaben innerhalb der Stadt.

Stadtrat **Weiss** konkretisiert, um welche Grundstücke es ihm gehe und erläutert die Rendite.

Da Stadtrat **Weiss** weiter auf den Antrag der Freien Wähler besteht, lässt OBM **Dr. Knecht** über diesen abstimmen.

Weitere Änderungen im Teilhaushalt 90:

OBM **Dr. Knecht** informiert über folgende Aktualisierungen im Haushaltsplan für die entsprechend Gelder aus dem Haushaltsplan rausgenommen werden:

- Aktualisierung der Gewinnausschüttung NEV gem. Wirtschaftsplan
- Aktualisierung Gemeindeanteil der Einkommenssteuer
- Aktualisierung Gemeindeanteil an Umsatzsteuer
- Aktualisierung Leistungen nach Familienleistungsausgleich
- Aktualisierung der Schlüsselzuweisungen
- Aktualisierung der FAG-Umlage

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Prof. Vierling** äußert sich positiv zur Mitteilungsvorlage.

Stadtrat **Herrmann** findet, dass der Weg der Verwaltung richtig sei. Strukturen müssen verändert werden. Das müsse noch intensiviert werden. Auch er signalisiert Zustimmung zur Vorlage.

Stadtrat **Weiss** sagt, die Freie Wähler-Fraktion nehme die Vorlage zur Kenntnis.

Stadträtin **Liepins** meint, die Stellenzunahmen werden seit Jahren diskutiert. Sie kritisiert, dass u.a. die Fraktionen Grüne und Freie Wähler Haushaltsanträge auf neue Stellen gestellt hatten.

Stadtrat **Haag** signalisiert ebenfalls Wohlwollen.

Das Gremium nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Beschluss:

Gemäß § 3 der Richtlinien für die Bildung von Stadtteilausschüssen vom 18.12.1997, zuletzt geändert am 25.04.2018, wird der Stadtteilausschuss Innenstadt wie folgt besetzt (11 Sitze):

Bündnis 90/Die Grünen (4):

Sabine Deutscher
Lindenstraße 40
71634 Ludwigsburg

Michael Hother
Richard-Wagner-Str. 8
71638 Ludwigsburg

Dr. Nora Rzadkowski
Leonberger Str. 36
71638 Ludwigsburg

Dr. Martin Wendte
Neuffenstr. 7
71638 Ludwigsburg

CDU (2):

Joachim Goldfuß-Schachten
Schillerstr. 5
71638 Ludwigsburg

Prof. Dr. Andrea Wechsler
Neuffenstr. 17
71638 Ludwigsburg

Freie Wähler (2):

Simon Merkle
Körnerstraße 17
71634 Ludwigsburg

Hans-Peter Peifer
Ziegelgasse 7
71634 Ludwigsburg

SPD (1):

Stefan Eisenmann
Lindenstraße 3
71634 Ludwigsburg

FDP (1):

Sebastian Jödicke
Marstallstraße 3
71634 Ludwigsburg

Die Linke (1):

Herrn Sebastian Lucke
Bismarckstraße 2
71634 Ludwigsburg

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Seyfang
Stadträtin Clausen
Stadtrat von Stackelberg

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Stadtrat **Müller** fragt nach, auf welcher Grundlage die Besetzung der Stadtteilausschüsse erfolgt bzw. weist darauf hin, dass die Briefwahlstimmen seiner Meinung nach bisher nicht mitgerechnet werden. Dadurch würden die Ergebnisse verfälscht.

Er regt an, in Zukunft die Briefwahlbezirke nach Stadtteilen aufzuteilen und auszuwerten.

Stadtrat **Herrmann** erklärt, dies sei bei der Bundestagswahl das erste Mal berücksichtigt worden und wird auch bei der nächsten Kommunalwahl berücksichtigt werden.

Nach der kurzen Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorl. Nr. 391/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

Aufgrund von § 172 Abs.1 Nr.1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird die Erhaltungssatzung „Historischer Ortskern Oßweil“ beschlossen (Anlagen 1, 1a, 2, 3).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Seyfang
Stadträtin Clausen
Stadtrat von Stackelberg

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorl. Nr. 375/21 Beschluss fassen.